

Beschluss des Landrats vom 25.03.2021

Nr. 846

20. UKBB-Parking unter der Tschudi-Matte 2021/53; Protokoll: ble, bw

Urs Roth (SP) verlangt die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stillschweigend stattgegeben.

Urs Roth (SP) bedankt sich für die knappe, aber umso klarere Beantwortung der Fragen zum UKBB-Parking und stellt mit Befriedigung eine grosse Übereinstimmung in der Haltung zu dem Vorhaben fest. Der Interpellant wünscht sich, dass das Vorhaben auch im Nachbarkanton Basel-Stadt nicht nur verkehrspolitisch, sondern auch auf der Ebene der Gesundheitsversorgung beurteilt wird. Dazu sollen einige Dinge deutlich zum Ausdruck gebracht werden: Es geht um Bedürfnisse und Nöte von kranken Kindern und Patientinnen und Patienten des UKBB sowie deren Eltern. Zahlreiche Eltern von Patientinnen und Patienten aus dem Baselbiet haben die Parkplatzprobleme in Form von Erfahrungsberichten in den letzten Jahren erlebt und geschildert. Und es geht um die UKBB-Mitarbeitenden, die nicht alle aus Basel oder aus der Agglomeration kommen, die ihre Einsätze oft zu unregelmässigen Tages- und auch Nachtzeiten leisten. Zur Behebung des notorischen Parkplatzproblems ist das geplante UKBB-Parking unerlässlich. Und die Antiparkingdiskussion ist bisher völlig einseitig abgelaufen. Seit Einreichung der Interpellation hat der Redner viele Reaktionen erhalten. Sehr viele zustimmenden, aber auch ein paar kritische aus Basel-Stadt.

Zur Legitimation, warum man sich nicht nur aus gesundheitspolitischer sondern durchaus auch aus Baselbieter Optik zu dem Vorhaben äussern kann, ja muss, ist Folgendes zu sagen: Als Verfechter einer intensiven bikantonalen Zusammenarbeit hat der Redner die Entstehungsgeschichte des UKBB mitverfolgt. Urs Roth war damals Geschäftsleitungsmitglied im Sanitätsdepartement, heute Gesundheitsdepartement Basel-Stadt und an den früheren Arbeiten zur Gründung der bikantonalen Institution beteiligt. Wer im Saal erinnert sich noch an die Frühphase des UKBB mit zwei Standorten, die nicht ganz unproblematisch war? Die Zusammenlegung an einem Standort war aus damaliger wie auch aus heutiger Sicht richtig. Der Verzicht auf ein Parking war aber falsch. Der Mangel muss jetzt endlich behoben werden. Das UKBB ist eine bikantonale Institution, d. h. Basel-Landschaft ist Eigner und Mitträger, und die Legitimation ist somit gegeben. Daher muss man sich zweifellos auch aus Baselbieter Optik äussern. Der Redner kann aus heutiger Sicht die damalige Unterschätzung des Parkplatzproblems noch besser beurteilen. Denn er war lange Jahre in leitender Funktion in einem Spitalbetrieb tätig und weiss, dass für den Infrastrukturbereich nicht nur OP-Kapazitäten und Infrastruktur für Medizindiagnostik massgebend sind, sondern es gehört auch eine gewisse Anzahl Parkplätze zu einem Spital – für Patientinnen und Patienten, aber auch für Mitarbeitende und Besucher. Für den erfolgreichen Fortbestand und die Weiterentwicklung des UKBB muss die Infrastruktur weiter ausgebaut werden, das ist unerlässlich. Denn es ist ein Universitätsspital im Bereich der Kindermedizin, und es hat nicht nur eine regionale, sondern in Teilbereichen auch eine überregionale Ausstrahlung.

Aus verkehrspolitischer Sicht ist zudem Folgendes zu sagen: Es gehen immer mehr Parkplätze an der Oberfläche verloren, daher sollte die Notwendigkeit gewisser unerlässlicher unterirdischer Parkhäuser nicht immer in Frage gestellt werden.

Rolf Blatter (FDP) kann die allermeisten Aussagen seines Vorredners unterschreiben. In der Kürze liege in der Tat die Würze und dem Redner gefällt es, dass der Regierungsrat einer Meinung ist

mit der FDP, dass das Parkhaus unabdingbar ist. Tatsächlich ist das UKBB eine bikantonale Organisation, die auf der Basis eines Staatsvertrags zwischen den beiden Basel funktioniert und operiert. Über den Standort «mitten im Kuchen» könnte man diskutieren. Dafür ist man aber 20 Jahre zu spät. Jedoch gilt es, den gravierenden Fehler, dass es keinen Parkplatz hat, nun zu korrigieren. Basel-Stadt als Standortkanton hat eine Planaufgabe bereits hinter sich. Aufgrund der Planaufgabe gab es über 280 Einsprachen gegen das Vorhaben. Es sind sehr viele ideologisch gefärbte Einsprachen. Ungefähr 270 davon sind standardisierte Briefe, die Organisationen, insbesondere Anwohner unterschrieben haben. Ob dies zur Legitimation beiträgt, könnte man diskutieren. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft hält fest, dass sich der Planungs- und Genehmigungsprozess nach den Vorgaben von Basel-Stadt richtet, weil der Standort in Basel-Stadt ist, auch wenn es sich um eine bikantonale Organisation handelt. Der Kanton BL hat aber die halben Sitze in der IGPK des UKBB und es bestünde die Möglichkeit, das Thema, welches im Übrigen in der IGPK regelmässig diskutiert wird, auch jetzt – insbesondere nach den 280 plus Einsprachen – nochmals zu traktandieren. Dies wurde in Absprache mit der Präsidentin der IGPK UKBB fixiert. Man wird auch versuchen, bereits im Vorfeld zu Lösungen beizutragen, dass der gebremste Prozess wieder beschleunigt und zu einem guten Abschluss gebracht werden kann.

Andreas Dürr (FDP) meint, oft könne man bei Interpellationsbeantwortungen mit einem Ohr hinhören und der Nachmittag plätschere so dahin und man könne sich anderen Dingen widmen. Was er heute gehört hat, war derart überraschend, dass noch einmal darauf hingewiesen werden soll. Denjenigen, welche nur mit einem Ohr zugehört haben, wird der Protokollauszug ans Herz gelegt. In diesem wird von einer Wende der verkehrspolitischen Haltung der SP zu lesen sein. Es wurde sauber analysiert, dass zu wenig Parkplätze vorhanden sind, der Verkehr fließen muss und hier Handlungsbedarf besteht. Ebenso vernahm Andreas Dürr ein klares Bekenntnis zum motorisierten Fahrzeugverkehr seitens SP. Gerne würde von Urs Roth gehört, ob er sich auch dafür einsetzen würde, die geschwindigkeitsdossierten Stellen passieren zu können, um bei Notfällen überhaupt ins Spital zu kommen. Dank an Urs Roth – das war heute wegweisend. Ein bisschen zeigt dies halt die Doppelzüngigkeit von Linksgrün in der Verkehrspolitik: Es wird zwischen gutem Verkehr (Patientenverkehr) und bösem Verkehr (gewerblichem und Freizeitverkehr) abgewogen. Dennoch war das Votum von Urs Roth interessant. Andreas Dürr wird es nachlesen und ausdrucken.

Florian Spiegel (SVP) muss auf den letzten Punkt in Urs Roths Votum reagieren. Parkplätze gehen nicht verloren. Der Regierungsrat geht nicht spazieren und verliert Parkplätze, weil ihm diese aus den Hosentaschen fallen. Die Parkplätze werden gezielt abgebaut. Würden sie verloren gehen, hätte man «unauffindbar» anfügen müssen. Die Parkplätze, die weg sind, tauchen irgendwie nie mehr wieder auf.

Parkplätze sind für Gewerbe- und Dienstleistungstreibende nach wie vor unglaublich wichtig – Parkhäuser hin oder her. Es braucht Parkplätze bei den Kunden, um die Arbeit verrichten zu können, gerade solche, die mit schwerem Gerät erledigt werden müssen.

Roman Brunner (SP) fühlt sich von Andi Dürr herausgefordert: Es handelt sich hierbei nicht um ein bedingungsloses Bekenntnis der SP zum motorisierten Individualverkehr. Das wird wohl auch Andi Dürr nicht so aufgefasst haben. Die SP hat aber gezeigt, dass sie bereit ist, Hand für Lösungen zu bieten, wo Not besteht – auch für den motorisierten Individualverkehr. Analysiert man die Parkplatzsituation, erkennt man, dass im Raum UKBB bereits ein Parkhaus besteht (City Parking), das nicht immer voll ausgelastet ist. Es geht deshalb darum, eine optimale Lösung zu finden. Hierzu bietet die SP Hand, sofern die entsprechenden Kapazitäten genutzt werden.

Es ist erstaunlich, dass der Landrat baselstädtische Verkehrspolitik betreibt. Natürlich handelt es sich um eine Region und das Baselbiet ist auch mitbetroffen und am UKBB beteiligt. Schlussendlich muss der Landrat aber nicht versuchen, die Verkehrsprobleme der Stadt zu lösen.

Susanne Strub (SVP) möchte vermeiden, dass es in dieser Diskussion zu Schuldzuweisungen von rechts nach links komme. Es geht klar um die Sache. Vor zehn Jahren wurde die Tochter von Susanne Strub als zweite Patientin in das damals neue UKBB eingeliefert. Im obersten Teil des Baselbiets wohnhaft, ist man sich das in die Stadt Fahren nicht so gewohnt. Das Parkplatzproblem beim UKBB ist ein wirkliches Problem. Natürlich gibt es das City Parking. Hat man aber ein Kind, das sich einer Chemotherapie unterziehen muss, kann auch der Weg vom City Parking zum UKBB eine riesige Herausforderung sein. Dauert diese Behandlung ein halbes Jahr, können nicht immer zwei Personen mitfahren, damit eine das Auto parkt und die andere Person sich um das Kind kümmert. Ein krankes Kind kann nicht einfach nur am Eingang deponiert werden, damit es wartet, bis das Auto parkiert wurde. Dieses Thema ist für Susanne Strub zu emotional, als dass es einfach auf eine links-rechts-Schuldzuweisung hinauslaufen darf. Sie wird sich mit aller Kraft für eine Lösung für alle Familien und alle kranken Kinder einsetzen. Basel-Stadt will zwar keine Parkplätze, dort braucht es sie aber.

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) schliesst sich dem letzten Votum an. Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben gemeinsam die Trägerschaft über eine ganz wichtige Institution inne, die schweizweit ein Leuchtturm der Kindermedizin ist und dies auch bleiben soll. Das geht nur, indem die Rahmenbedingungen für diese Institution bestmöglich gestaltet werden. Aus Eigentümersicht ist klar, dass die Erreichbarkeit des Standorts absolut zentral ist. Somit kommt dem Parking eine gesundheitspolitische Komponente zu.

Die Diskussion betrifft das planungs- und baurechtliche Verfahren zuhanden der Öffentlichkeit und der Politik des Nachbarkantons Basel-Stadt. Die im Landrat vernommene Einigkeit braucht es auch in der städtischen Politik. Man darf nicht in verkehrspolitische Ideologien verfallen, sondern muss klar zum Ausdruck bringen, dass es sich hier um eine Notwendigkeit handelt. Alle Personen mit Kontakten in Parteien, Kommissionen und Gremien in Basel-Stadt sollen diese nutzen und die Notwendigkeit des Vorhabens erklären und plausibel machen. Wenn die Erreichbarkeit des Kinderspitals geschwächt wird, wird der Ruf nach einer dezentralen Lösung natürlich gross. Es wird auch die Frage aufkommen, weshalb ein Spital gemeinsam getragen wird, wenn man dieses nicht einmal erreicht. Es geht hier nicht um Muskelspiele. Gute Voraussetzungen müssen für die Institution geschaffen werden, die für die Versorgung der Kinder in der ganzen Region und auch gesamtschweizerisch extrem wichtig ist. Die Notwendigkeit wird auf Regierungsebene thematisiert. Der Landrat ist gebeten, dies auf Ebene der IGPK UKBB, der anderen Kommissionen und vor allen Dingen auf Ebene Partei ebenfalls zu tun.

://: Die Interpellation ist erledigt.
